

Insel des Geistes? Die DDR-Universität als Kommunikationsraum

In der griechischen Mythologie gelten Inseln als Nicht-Orte, die aus der Zeit gleichermaßen herausfallen wie aus dem Raum. Von den Zumutungen des Festlandes bleiben sie verschont, das Leben nimmt einen eigenen Weg und pulsiert im Takt der Insel. Es bringt wundersame Gestalten hervor, denen die Festländer nicht immer gewachsen sind, wie das Beispiel der Sirenen zeigt, denen Odysseus nur die Unterdrückung seiner Sinne entgegenzusetzen hatte. Feinde können auf die Insel nicht einfallen wie auf dem Festland. Man muss über Verbindungen verfügen, die durch das Nadelöhr des Hafens zu den Schwachpunkten der Inselhoheit führen, man braucht ein eigenes wehrhaftes Schiff und eine Crew, die auf dem Weg zum begehrten Ziel den Stürmen trotzt und dann im richtigen Moment nicht untergeht, sondern die Insel erobert. Sind Inseln also Orte, die dem Zugriff der Diktatoren nicht zugänglich sind? Dieses Bild zumindest hat sich in den Köpfen für die Universitäten in den Diktaturen durchgesetzt. Stärker noch als das Bild der „Nische“ pulsiert es auf der mentalen Landkarte der Mitlebenden und illustriert die DDR-Geschichte. Das Beispiel des Bildes einer unversehrten Universität zeigt dies allzu deutlich: Es zeichnet eine Heterotopie und scheint mit breiten Pinselstrichen zu bestätigen, was im Nachleben von Zeitzeugen allenthalben postuliert wird: Die Universität hat in der Diktatur ihre Substanz trotz repressiver Zumutungen erhalten, und dieses Potential trat mit dem Jahr 1989 auf wundersame Weise wieder zutage.

Das Bild der Universität, die sich in der Diktatur als Hort des Geistes erhalten und den Feinden getrotzt hat, wirkte sich nach 1989 auf die wissenschaftliche Reflexion aus, die bei den damals Verantwortlichen als ein weitgehend frei von Selbstbefragung gestellter Opferdiskurs verlief. Auch diejenigen, die damalige Entscheidungen nicht zu verantworten haben, tragen indes das Bild weiter. Doch ist es nicht vielmehr ein Wunsch, die Wissenschaft als unabhängig gegenüber den An- und Zumutungen zu verstehen, die sich mit dem Nationalsozialismus als dienstbar und handlungsunfähig erwiesen hatte und nach 1945 als bestenfalls wenig reflexiv?

Universitäten sind keine „Inseln des Geistes“. Sie sind vielmehr mit Gesellschaft und Zeitfragen, mit Krisen und Kontinuitäten verflochten und repräsentieren sich als Raum der dort Handelnden. Die Beteiligten gestalten die Inhalte genauso wie die Art und Weisen der Aushandlungen, sie entscheiden über gute wissenschaftliche Praxis oder deren Vernachlässigung. Vertrauen und Verantwortung sind diejenigen Ressourcen, die Wissenschaft ermöglichen. Ohne Vertrauen passiert kein Austausch, und wenn die Beteiligten nicht verantwortlich handeln, wird Wissenschaft von Humanität entkoppelt. Am Beispiel der Jenaer Universität von 1961 bis 1989 wird gefragt, welche Prozesse sich abbilden, die deren Umgestaltung

und Konsolidierung zur „sozialistischen Universität“ bedingten. Grundlage bildet das Modell eines Kommunikationsraums, der sich mit den Beteiligten, ihren Lebensläufen und Positionen, den von ihnen vertretenen und entwickelten Inhalten sowie den Aushandlungsformen bildete, die oft im Geheimen verblieben und den potentiell offenen Raum stark veränderten.

Der folgende Text wurde in der Einleitung, in: Katharina Lenski: Geheime Kommunikationsräume. Die Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Campus: Frankfurt am Main/New York 2017, S. 15-29 und 35-42 abgedruckt und wird hier als Lektüregrundlage angefügt:

Untersuchungsgegenstand

»Es ist nicht die Öde der Zeitungen am Morgen, es sind nicht die leeren Losungen von Frieden und Freundschaft draußen auf den Straßen, nicht die quasselnden Redner und die komischen Staatsmänner, es sind die kleinen Lügen, die eines Tages gegen elf gelogen werden, und du sitzt im selben Raum, auf einem anderen Stuhl oder nicht.«¹

Das Hauptgebäude der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität lag bis 1989 im Zentrum mehrerer Sichtachsen: lediglich einen Steinwurf entfernt im Nord-Osten die Jenaer Kreisdienststelle der Staatssicherheit mit der Erweiterten Oberschule gegenüber, 100 Meter nach Norden die Polizei, nach Süden die Stadtverwaltung. Alle gruppierten sich so dicht, dass zwischen ihnen nur wenige Minuten Fußweg lagen. Geht man auf der Johannisstraße nach Westen, so ragt nicht weit entfernt der weithin sichtbare Universitätsturm auf, in dem sich besonders die ideologienahen und wirtschaftswichtigen Sektionen gruppierten. Vor den Augen der Allgemeinheit verborgen residierte am Johannistor auch die Auswertergruppe der Hauptverwaltung Aufklärung der Staatssicherheit, strategisch zwischen Universität und Zeiss-Werk platziert. In der Johannisstraße befand sich mit der Jungen Gemeinde Stadtmitte ein Ärgernis für diese Sicherheitsarchitektur, denn von dort gingen Impulse der Selbstbestimmung aus. Die Stadt der kurzen Wege bot für die Hüter der Macht jedoch mit dem Hotel »Schwarzer Bär« einen eigenen Treffpunkt, der nur 20 Schritte sowohl vom

Universitätshauptgebäude als auch der Staatssicherheit entfernt lag. Im »Palasthotel Internationak« am Holzmarkt, bis zum Ende der 1980er Jahre der SED-Kreisleitung benachbart, entspann sich die gleiche Kulisse. In den Hotelbars konsumierte man wie auch in der Johannisstraße viel Alkohol, dort besprach man sich und hielt Kontakte aufrecht. Doch worum ging es in dieser Stadt? Jena wird als Hauptstadt der Opposition gefeiert, mit einer Universität, die vielen als Hort von Widerständigkeit gilt, da schließlich Ikonen des Widerstandes wie die Studenten des Eisenberger Kreises oder Schriftsteller wie Jürgen Fuchs mit ihr verbunden werden. Ist deshalb von einer Universität auszugehen, die ihr Potential als Schule des Denkens bewahrt hat und die eine Elite beherbergte, von der viele nach 1989 zu Unrecht entlassen wurden?

Die »Idee der Universität« sei es, unter ihren Angehörigen einen immerwährenden Prozess des Suchens nach Erkenntnis zu fördern, mahnte 1946 der Existenzphilosoph Karl Jaspers. Voraussetzung sei die Verständigung der Personen in Kommunikationskreisen, die mindestens zur Hälfte dem Glück des Zufalls zu verdanken seien. Kommunikation sei der Wahrheit verpflichtet und offen für Neues, was sich dadurch auszeichne, dass Wissenschaft über alle Grenzen hinweg sich zu verständigen in der Lage sei, was sich in regem Austausch, Reise- und Gastbeziehungen äußere.² Doch Deutschland hatte sein intellektuelles Potential durch Krieg, Vernichtung und Vertreibung drastisch reduziert.³ Karl Jaspers' Ruf, die Schuld der Universitäten nicht auszublenden, wurde kaum

¹ Jürgen Fuchs 1990:37 nach seiner politischen Relegation von der Jenaer Universität, die kurz vor dem Abschluss seines Psychologiestudiums 1975 durchgesetzt wurde.

² Jaspers 1946:38–47. Vgl. Weisbrod 2002b:11–35; und Bruch 2002: 281–288, der auf den Anti-

Intellektualismus und die Wissenschaftsfeindlichkeit der Nationalsozialisten verwies.

³ Für die Universitäten: Jessen 2003:229–263, hier S. 229–230.

gehört.⁴ In der sowjetisch besetzten Zone eröffnete als erste die Jenaer Universität wieder,⁵ doch von einer nachdenklichen Rückschau, geschweige denn einer Einsicht in die persönliche Verantwortung war diese nach kurzem Verharren weit entfernt.⁶ In der sowjetisch besetzten Zone wollte man immerhin das »bessere« System etablieren, was die Jugend als Integrationsangebot auffassen sollte.⁷ Dass die verbliebenen Eliten vielfach in der NS-Zeit aufgestiegen und die nachrückende Jugend während der Jahre ihrer Herrschaft geprägt worden war, geriet mehr und mehr in den Hintergrund und wurde verdrängt.⁸ Als mit dem Ruf zur Erstürmung der »Festung Wissenschaft«⁹ das Stalinistische Modell postuliert wurde, herrschte zwar noch längst nicht die Einheitsideologie. Doch die Verdrängung der »bürgerlichen Professoren« ermöglichte es endgültig, die konformen Kader zu etablieren.¹⁰ Die DDR-Hochschulen stützten das System schließlich wesentlich stärker als jene in der Tschechoslowakei oder in Polen.¹¹ Das war den Wirkungen der NS-Zeit und dem Selbstverständnis der DDR geschuldet. Anders als in Polen, wo sich die Intellektuellen bereits unter der NS-Besatzungsherrschaft verteidigen mussten, schaute man in der DDR aus der Perspektive des unterlegenen Okkupanten auf die Veränderungen und nicht aus einem Bewusstsein, das der Gemeinsamkeit mit den Angehörigen des neuen Staates entsprungen wäre.¹² Die Idee der deutschen »Volksgemeinschaft« hatte sich aus dem Ausschluss der »Anderen« genährt und war somit nach dem Zusammenbruch 1945 offiziell

diskreditiert.¹³ Während in den weiteren Ostblockstaaten deshalb konkurrierende, übergeordnete Ordnungssysteme (Lutz Niethammer) wirkten, orientierte sich das DDR-Selbstverständnis im »ersten Arbeiter- und Bauern-Staat auf deutschem Boden« trotz des dekretierten Einstellungswandels¹⁴ an der Sowjetunion und folgte damit einem militarisierten Verständnis von Gesellschaft und Sicherheit des Staates.¹⁵

Welcher Zusammenhang eröffnet sich deshalb zwischen Universität und Geheimbürokratie?¹⁶ Wenden wir uns noch einmal Karl Jaspers zu, offenbart sich von seiner Position aus ein scheinbar unauflöslicher Widerspruch, denn jedes dieser Systeme folgte entsprechend seiner Grundidee einer diametral verschiedenen Logik: Gewalt und Geheimhaltung, Feindbilddenken und Misstrauen, Grenzen und archaische Abschließung auf der Seite der Geheimpolizei, an der Universität idealerweise Konfliktkultur und Transparenz, Vertrauen, Kommunikation und prinzipielle Offenheit im Interesse der Erkenntnis.¹⁷ Dies stützt die Ambition, Universität und Staatssicherheit zu trennen und die Geheimpolizei als einen von außen intervenierenden Gewaltapparat zu interpretieren, was in der Literatur vielfach so praktiziert wird. An der Universität sei dabei über die Jahre hinweg die eigentliche Substanz auf rätselhafte Weise erhalten geblieben und mit der Revolution von 1989 wieder sichtbar geworden.¹⁸ Diese These geht auf das

⁴ John 2007:19–70, hier S. 46; Lemuth 2007:119–137.

⁵ John 1998:12–74.

⁶ Vgl. kritisch John 1998:19–70.

⁷ Niethammer 1999:53–58, zuerst in Spiegel Special Nr. 4/1995: Die Deutschen nach der Stunde Null, S. 90–95.

⁸ Jessen 1999b:bes. 301–309.

⁹ Müller/Müller 1953.

¹⁰ Jessen 1999b:hier bes. 95–102; Jessen 1995a:61–71.

¹¹ Connelly 2003a:9–12; Connelly 2003b:173–197; Havránek 2003:157–171; Connelly 2000; Terlecki 2001:221–231; zum Vergleich mit den polnischen Universitäten Lenski 2016:110–126.

¹² Vgl. Miłosz 1954:89–113 mit der Beschreibung von »Alpha«. Vgl. Terlecki 2001:221–231 zu »Die fliegende Universität«.

¹³ Zum Begriff Volksgemeinschaft Wildt: »Volksgemeinschaft«, Version: 1.0«, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.6.2014, URL: <http://docupedia.de/zg/Volksgemeinschaft?oldid=106491> (Zugriff: 6.4.2016); Bajohr/Wildt 2012; Frei 2005; Kershaw 2011:1–17; Reeken/Thiessen 2013; Schmiechen-Ackermann 2012; Thamer 1990:112–127. Zur erneuerten Konjunktur des adaptierten Begriffs »Heimat« Palmowski 2014 (dt. 2016).

¹⁴ Wolfrum 2005:153–169, hier S. 163.

¹⁵ Vgl. die weiteren Ausführungen im Kapitel zu den inhaltlichen Positionen. Zur Konkurrenz der Stereotype »faschistisch« und »national« auch Ganzenmüller 2004:421–436.

¹⁶ Der Begriff »Geheimbürokratie« scheint das Handlungsfeld der Staatssicherheit am ehesten zu fassen. »Geheimpolizei« ist diesem Begriff untergeordnet. Den Begriff »Geheimdienst« zu nutzen hieße, demokratische Kontrolle anzunehmen, was als obsolet ausscheidet.

¹⁷ Allgemein Frevert 2003:7–66 und speziell Behrends 2003:336–364; vgl. Danzer 2012.

¹⁸ So z.B. Gottwald 2000:9–21, hier S. 12.

Totalitarismusparadigma zurück, nach der sich die Universität in der Diktatur als »Insel der Absonderung«,¹⁹ mithin als Refugium von Integrität und Sachkompetenz, bewahrt habe. Aus dieser Vogelperspektive wird allerdings vernachlässigt, dass die Universität ein kommunikativer Raum ist, der ohne Austausch, Integration und Kompromisse der Beteiligten nicht existiert.²⁰

Es ist also einerseits entsprechend der totalitarismustheoretischen Perspektive die Frage nach den vertikalen Verhältnissen zu stellen, andererseits diejenige nach den horizontalen Konfigurationen. Betrachtet man mit Ralph Jessen die Universität sowohl als Objekt politischer Intervention und Umgestaltung als auch als Handlungsfeld einander widersprechender Prägungen, Erfahrungen und Orientierungen des Personals, in dem die akademischen Regeln mit der neuen Macht eskalierten, kommt man einer Antwort bereits etwas näher.²¹ Aus dieser Perspektive werden sowohl die Strukturen als auch die handelnden Personen einbezogen und die Universität als sozialer Raum wie auch als Raum der Macht wahrgenommen. Damit kann das Handeln der dortigen Akteure differenziert werden: Kollaboration, Loyalität und Anpassungsbereitschaft wie auch Dissens werden rekonstruierbar. Vertikale wie horizontale Handlungslinien rücken sowohl hinsichtlich der Machtverhältnisse als auch der Zeittangente ins Blickfeld.²²

Diese Überlegungen scheinen für die Beantwortung der Frage nach dem Verhältnis

von Universität und Staatssicherheit hilfreich zu sein. Für den hier relevanten Untersuchungszeitraum von der Dritten Hochschulreform²³ bis zum Mauerfall 1989 werden daher sozial- und kulturhistorische als auch wissenschafts- und wirtschafts- sowie militär-, polizei- und geheimpolizeigeschichtliche Fragen aufgeworfen.²⁴ Wenn die Interventionsmethoden und -instrumente der Staatssicherheit analysiert werden, muss dies im Kontext von zwei Ausgangspunkten geschehen. Erstens ist nach der Universität als Institution der Wissenschaft im Humboldt'schen Sinne zu fragen. Zweitens ist der Zusammenhang mit Partei, Wirtschaft und Verwaltung angesprochen.²⁵ So ist einerseits die Rolle der Universität als Objekt von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fremdlogiken zu erschließen. Andererseits ist der Ort als Handlungsfeld, als Raum von politischen, ideologischen und wissenschaftlichen Interessen sowie des entsprechenden Zusammenwirkens ihrer Angehörigen zu ergründen.²⁶

Mit dem Mauerbau schien die – ohnehin reglementierte – »Freiheit der Wissenschaft«²⁷ in der DDR weitgehend eingehegt, und nicht nur die »bürgerlichen« Wissenschaftler sollten endgültig von den Hochschulen verdrängt werden.²⁸ Die Universitäten sollten im Interesse der »Störfreimachung« der Wissenschaft ihre Verbindungen zum Westblock einstellen, dagegen den Austausch mit dem Ostblock intensivieren.²⁹ Mit dem Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung (NÖSPL), ab 1967/68 zum »Ökonomischen System des Sozialismus« (ÖSS) umbenannt,³⁰ avancierten

¹⁹ Friedrich 1957:234–242.

²⁰ Bourdieu 1988.

²¹ Jessen 2003:231. Mit den Begriffen Prägung, Erfahrung und Orientierung klingt der Mannheim'sche Generationenbegriff an, vgl. Mannheim 1970:509–565.

²² Zum Oppositionsbegriff: Den inneren Zusammenhang beschreiben Poppe u.a. 1995b:9–26; Kowalczyk 1995: 85–115. Er unterschied jedoch nicht wie in der Sekundärliteratur sonst weithin üblich, zwischen Opposition als systemimmanent und Widerstand als Fundamentalopposition, sondern stellte vier Grundtypen des »Widerstands« fest: gesellschaftliche Verweigerung, sozialer Protest, politischer Dissens, Massenprotest (ebd., S. 97–114). Jüngst dazu Niethammer 2014:35–39. Vgl. Pollack/Rink 1997:7–29. Aus MfS-Perspektive den Art. »Opposition, innere« bei Suckut 2001:282.

²³ Der Begriff »Dritte Hochschulreform« etablierte sich als nachträgliche Konstruktion erst 1969. Stutz u.a. 2007:288–289 und 297.

²⁴ Vgl. Stutz 2012:191–231, hier S. 191 und 207.

²⁵ Zur Universitätsidee vgl. den Sammelband von Ash 1999.

²⁶ Vgl. Jessen 2003:229–263, hier S. 231.

²⁷ Der Begriff avancierte zum Kampfbegriff (vgl. Kap. II). Zur Problematik der »Freiheit der Wissenschaft« Connelly 2003a:9–10; Hammerstein 2000:177–191. Am prominenten Beispiel des Historikers Griewank: Kaiser 2007.

²⁸ Vgl. den Forschungsstand zur deutschen Hochschullehrerschaft bei Jessen 1999b:17–18. Zu den Konflikten in Jena vgl. die Aufsätze in: Hoßfeld u.a. 2007, bes. Wallentin 2007:267–287. Zum Begriff des »bürgerlichen« im Gegensatz zum fortschrittlichen Wissenschaftler Kaiser 2004:13–51.

²⁹ Steiner 2004/2007:139–186, hier S. 141–146. Vgl. Hertle u.a. 2002. Für die FSU Preuß 2007:239–266. Zum Widerspruch von Störfreimachung und Technologietransfer u.a. in Jena ausführlich Buhmann 2000:256–288.

³⁰ Vgl. Steiner 2007:146–161.

Begriffe wie »Profilierung« und »Prognose« nicht nur im Wortschatz der Betriebe, sondern auch in demjenigen der Hochschulen zu Schlagworten und Instrumenten der Reform der 1960er Jahre.³¹ Mit ihrer Rolle als Dienstleisterin der Wirtschaft und der so genannten Verbetrieblischung wurden Standort und Ausrichtung der Universität neu bestimmt.³² Hinzu kam die Militarisierung, die sich in der Einführung der Wehrpflicht 1962 niederschlug und dem Bildungssystem den Marschtritt verordnete.³³ Die Fürsorge für die Jugend erschöpfte sich nicht im genormten Ausbildungsweg,³⁴ sondern entwickelte auf der »Suche nach dem inneren Feind«³⁵ derart repressive Qualitäten, dass sich in der jüngeren Geschichtsschreibung der Begriff »Erziehungsdiktatur« etablierte.³⁶

Die Militarisierung ging mit Veränderungen in Wissenschaft und Wirtschaft, in Partei und Verwaltung einher, was bislang kaum thematisiert wurde.³⁷ Seit den sechziger Jahren veränderte sich mit der technischen Entwicklung zudem das Gesicht der Welt in Ost wie West. Als die DDR-Regierung ihren Bürgern pünktlich zum Republikgeburtstag 1969 mit dem Berliner Fernsehturm die Wunderwelt des Farbfernsehens eröffnete, wollte sie technisches Höchstniveau präsentieren. Ungewollt lief die so symbolisierte Entwicklung jedoch auf vielfältige und beschleunigte Medien hinaus und begünstigte alternative Informationsmöglichkeiten. Das widersprach dem Konzept der Partei, die Presse als Herrschaftsinstrument einzusetzen, so dass sich die Geheimpolizei gefordert sah.³⁸

In dieser als »Modernisierung«³⁹ nur ungenügend charakterisierten Phase intensivierte

die Staatssicherheit ihre Aktivitäten an der Jenaer Universität. Reagierte sie, weil die Alma Mater Jenensis als Ort von Opposition und Widerstand, von sich distanzierender und deshalb sich erneuernder Intellektualität erstrahlte?⁴⁰ In der Literatur gilt vielfach die Zahl der inoffiziellen Mitarbeiter als Indikator für die Intensität geheimer Aktivität. Im Jahr 1986 zählte allein die MfS-Hochschul-Hauptabteilung XX/8 insgesamt 62 Dozenten und 30 Studierende zu ihrem IM-Bestand an der FSU.⁴¹ Kluge und Meinel gingen von einer durchschnittlichen Zahl von insgesamt 150 bis 200 inoffiziellen Mitarbeitern aus,⁴² die wohl zu niedrig gegriffen ist, wenn man bedenkt, dass auch die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) und die Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft) auf zentraler, bezirklicher wie regionaler Ebene in die Überwachung der Universität einbezogen waren. In den Jahren 1986 und 1989 waren in dem für die Universität zuständigen Referat der Jenaer MfS-Kreisdienststelle durchschnittlich acht Offiziere angestellt.⁴³ Der für das Referat Universität zuständige Leiter Wolfgang Ehrler zählte im Jahr 1985 zu seinem Bestand 92 inoffizielle Mitarbeiter (IM) bzw. Gesellschaftliche Mitarbeiter Sicherheit (GMS), unter ihnen knapp ein Drittel Studierende.⁴⁴

Ein »Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit« (GMS) kooperierte durch seine positive Einstellung zur sozialistischen Entwicklung, die er auch öffentlich vertrat, sowie durch seine berufliche Funktion häufig bereits offiziell mit dem MfS. Absprachen wurden dabei nicht in konspirativen Wohnungen, sondern »einfach«⁴⁵ per Treff und Telefon meist am Arbeitsplatz getroffen. Die GMS wirkten meist auf

³¹ Zu den Begriffen »Prognose« und »Profilierung« Kaiser u.a. 2005:45–70, hier S. 50; Stutz 2012b:206. Zum Problem der Technokratie Hübner 1999:325–360.

³² Schramm 2007:650–668. Vgl. Stutz 2012c:233–252, zuerst in Stutz 2010:319–335.

³³ Rogg 2008.

³⁴ Jarausch 1998:33–46. Vgl. ders.: »Fürsorgediktatur, Version 1.0«, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, URL: <http://docupedia.de/zg> (Zugriff: 30.5.2017).

³⁵ Wierling 1994:404–425; dies. 2002:bes. Kap. 2.

³⁶ Wierling 2002:10; dies. 1997:223–240.

³⁷ Vgl. den Forschungsstand bei Eppelmann u.a. 2003. Die Betrachtung bezog sich meistens auf die Militarisierung des Bildungswesens und den Ausbau von Armee und MfS. Zur Humboldt-Universität Berlin Jordan 2001.

³⁸ Lindberger 2006; Holzweißig 1995:1689–1722; ders. 1997.

³⁹ Gegen die vordergründige Wahrnehmung dieses Prozesses als Modernisierung argumentiert auch Jessen 1999b:436–437.

⁴⁰ Gottwald 2000:9–21, hier S. 12.

⁴¹ Vgl. Braun 2008:148.

⁴² Kluge/Meinel 1997:7.

⁴³ BStU, MfS, BV Gera VVS o042–485/86, Bl. 1; BStU, MfS, BV Gera 001912, Bl. 7.

⁴⁴ BStU, MfS, BV Gera VVS o042–260/85, Bl. 8. Diese Zahlen schließen nicht die Bezirks- und Hauptabteilungsebene ein. Kluge/Meinel (1997:6) schätzten, es habe seit »spätestens 1970 ständig mindestens 150 bis 200 IM« an der Universität gegeben.

⁴⁵ BStU, MfS, HA XX 9277, Bl. 45–52: Fachschulungen sozialistisches Strafrecht, IM-Systeme (1966–1975).

Schlüsselpositionen und gaben Informationen weiter, wenn der Verdacht abweichenden Handelns entstand; dazu fertigten sie Gutachten zu verschiedensten Fragen an und stellten Analysen und Prognosen zur Verfügung. In der Zusammenarbeit mit GMS handelte es sich deshalb um »besondere Methoden«,⁴⁶ während die Quantität weniger wichtig erschien. Zudem galten sie als Reservoir für die inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeit bei der Stasi. Die Dokumentation ihrer Arbeit folgte weniger rigiden Anforderungen als jene mit den IM, da sie *per se* als verlässlich galten.⁴⁷

Laut Bestandsaufnahme der Jenaer Kreisdienststelle von 1989 dienten der Staatssicherheit auf der Kreisebene zu diesem Zeitpunkt insgesamt 308 Wissenschaftler, Angestellte und Studierende.⁴⁸ Unter dem studentischen Personal finden sich einschließlich zweier Forschungsstudenten⁴⁹ im Dezember 1988 insgesamt 26 inoffizielle Mitarbeiter, was 8,4 Prozent aller IM entspricht.⁵⁰

Was sagen diese Zahlen über eine Institution aus, in der die obere Ebene und der Mittelbau, die Sektionsleitungen und die Verwaltung zum Teil über Jahrzehnte stabil blieben, das studentische Personal hingegen jährlich wechselte?⁵¹ Was sagt überhaupt die Zahl inoffizieller Mitarbeiter über den wechselseitigen Zusammenhang von Macht und Überwachung, von Integration und Segregation aus? Die Mobilität der Studierenden erwies sich für den Apparat als problematisch, denn die jährliche Abgangsquote von 25 Prozent war »durch Neuwerbungen auszugleichen«.⁵² Dabei war es nicht gleichgültig, um welche Sektion es sich handelte. Während sich bei-

spielsweise für das Jahr 1988 keine Hinweise zu Studenten-IM an der Sektion Theologie fanden, sind an der Sektion Staat und Recht vier IM bekannt.⁵³ Die Zahl der inoffiziellen Mitarbeiter wird zwar zum Bedingungsfaktor, wenn man das Wissen um die allgemeine Ausspähung in horizontaler Perspektive, also hinsichtlich der Beziehungen unter den Universitätsangehörigen, beleuchtet. Unter den Stichworten »Disziplinierung« oder gar »Zersetzung« verstand das MfS Vorgänge, die Angst vor Verfolgung und Haft und damit angepasstes Denken und Handeln förderten.⁵⁴

Allerdings kann damit nur ein Teil des Gesamtproblems erfasst werden, da die Zahlen nicht zur qualitativen Auseinandersetzung beitragen. Im Jahr 1991 hatte die Jenaer Universität mit einem weiterreichenden Ansatz begonnen, ihre Vergangenheit auszuloten. Die zu diesem Zeitpunkt dort Beschäftigten erhielten Formblätter, auf denen sie nicht nur zu erklären hatten, weder hauptamtlich noch inoffiziell mit dem MfS kooperiert zu haben. Im dritten Punkt war ferner zu erklären, »dass ich keine Person bin, die [...] wissentlich und willentlich durch Denunziation Menschen persönlichen Schaden zufügte«.⁵⁵ So zeigt sich in dieser frühen Phase der Versuch, den Gesamtzusammenhang von Partei, Staatssicherheit und Gesellschaft zu ergründen. Grundlage wäre jedoch die wahrheitsgetreue Beantwortung der Fragen gewesen, was allerdings sowohl dem Freund-Feind-Denken als auch der geheimpolizeilichen Praxis widerstrebt. Die Versuche um Klärung und Aufklärung wurden mit beharrlichem Lügen und Schweigen beantwortet.⁵⁶

⁴⁶ Ebd., Bl. 52.

⁴⁷ Ebd., Bl. 53. Vgl. die folgenden Erörterungen zu einzelnen Funktionsträgern.

⁴⁸ BStU, MfS, BV Gera VVS Gra o042–195/89, Bl. 94. Davon 246 IMS, 10 IMB, 25 FIM, 8 IM in Schlüsselpositionen und 9 Ermittler-IM. Auf Kreisebene gab es keine IME, jedoch 222 GMS. 43 Personen waren in IM-Vorläufen erfasst. Für die IM standen zu diesem Zeitpunkt in Jena 87 Konspirative Wohnungen und 3 Deckadressen zur Verfügung (ebd.).

⁴⁹ BStU, MfS, BV Gera GVS Gra o015–338/88. Abgedruckt in: Kluge/Meinel 1997:213–215. Die beiden Forschungsstudenten stammten aus den Sektionen Physik sowie Literatur- und Kunswissenschaften.

⁵⁰ BStU, MfS, BV Gera GVS Gra o015–338/88. Die Zahl blieb in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre konstant.

⁵¹ Zur Immobilität der Hochschullehrerschaft und des Mittelbaus vgl. Jessen 1999b:413–427.

⁵² BStU, MfS, BV Gera KD Jena 001746 (= GVS 254/71), Bl. 42.

⁵³ BStU, MfS, BV Gera GVS Gra o015–338/88. Allerdings sind in der Sektion Theologie auf Dozentenebene mehrere IM zu finden. Vgl. Stengel 1998.

⁵⁴ Zur Zersetzung Pingel-Schliemann 2003:180–183; Behnke 1995:379–399.

⁵⁵ Diese Erklärungen finden sich in den Personalakten des UAJ.

⁵⁶ Zum Begriff Aufarbeitung Adorno 1997:31–47 mit seiner dort abgedruckten Rede »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«, die er 1959 vor dem Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden gehalten hatte. Lutz Niethammer kritisierte 1971 in Anlehnung an Adorno, die NS-Aufarbeitung verleugne die sozialen Konsequenzen, beschränke sich auf intellektuelle Publizistik (Niethammer 1982:11). Dieser Einwand provoziert die Frage nach der erfahrungsgestützten Reflexion der DDR-Geschichte. Vgl. Großbölting 2013:19–26; Christoph 2013:27–33.

Dabei wirkte auch ein Missverständnis mit, das im Nachgang des Kalten Krieges eine eigene Wirkungsmacht in der Aufarbeitung entfaltet hat. Dieses beruht auf der Verwechslung oder auch Gleichsetzung temporärer Repressionskonstellationen mit langfristigen Wirkmechanismen, wie die öffentliche Debatte über inoffizielle Mitarbeiter demonstrierte. Nichts weniger als die alten Gräben des Kalten Krieges wurden in dieser Interpretation des Totalitarismusansatzes wieder sichtbar.⁵⁷ In der hier interessierenden Debatte rückte der bereits erwähnte Ausschnitt aus der Handlungskette, die inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit, ins Bild. Das Argument schien auf den ersten Blick nachvollziehbar, waren diese doch von Mielke als »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«⁵⁸ ins Feld geführt worden. Doch die Betrachter/innen verfielen einer optischen Täuschung, in deren Schatten die übrigen Verantwortlichen, wie die Stasi-Offiziere, Kaderleiter und Sektionsdirektoren, im zwielfichtigen Schutz des Schweigens verblieben. Das Handeln dieser Akteure, insbesondere der offiziell Beteiligten, wurde wesentlich spärlicher dokumentiert als das der IM, was sich aus der geheimpolizeilichen Logik erschließt.⁵⁹ Doch die Fülle der IM-Akten verführte dazu, ausschließlich diese zu lesen und sie häufig unkommentiert neu zu produzieren, doch weniger dazu, sie in ihrer Funktionalität und ihrem Kontext zu entschlüsseln.

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre hatten zudem mehrere Zeithistoriker davor gewarnt, lediglich die Stasi im Zentrum von Kausal- und Wirkungszusammenhängen zu platzieren. Diese sei der Einheitspartei verpflichtet gewesen und könne nicht losgelöst von ihr betrachtet werden.⁶⁰

Nicht zuletzt forderten sie damit, die Verantwortung für den Missbrauch von Macht und damit für Repression nicht allein in die Geheiminstitution auszugliedern, sondern die Zusammenhänge von Staat und Gesellschaft, von Partei, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Militär und Verwaltung freizulegen. Sie plädierten dafür, den tatsächlichen Ort der Staatssicherheit im Zusammenwirken der Akteure auszuloten, die sie nicht nur als staatliche, sondern als gesellschaftlich Beteiligte verstanden.⁶¹

Allerdings war das MfS in der DDR das Symbol der Angst schlechthin gewesen und wurde so zum Auslöser von angstgeleitetem Handeln. Deshalb ist es verständlich, dass mit der Öffnung der Stasi-Akten in diesen die Erklärungen für kränkende und zerstörende Erfahrungen gesucht wurden – was jedoch umso mehr enttäuschte, wenn sich keine Antworten fanden.⁶² Zwar hatte der Wortlaut des Stasi-Unterlagengesetzes auf den Gebrauch der Worte »Täter« und »Opfer« verzichtet.⁶³ Im sozialen Nahbereich waren es jedoch wiederum die IM, die als Täter sichtbar wurden und deren Verbildlichung die Naherfahrung der Aufarbeitung prägte. Die Fixierung auf den in der Person des IM verkörperten Menschenfeind rief einen Effekt hervor, der nicht intendiert war, denn das Feindmuster kehrte sich nun spiegelbildlich um. Was blieb, war Ernüchterung. Hinzu kam die zunehmende politische Instrumentalisierung der Aufklärungswünsche: Eine erfahrungsgestützte Geschichtsreflexion blieb Mangelware, denn viel zu oft wurde das geheimpolizeiliche Bild über die erfassten Personen in die »aufgearbeiteten« Geschichtsbilder übernommen.⁶⁴ Stellt man allerdings in Rechnung, dass mit dem Stasi-

⁵⁷ Zur Kritik vgl. das Themenheft »Geschichte als Instrument« der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63, Heft 42–43 (2013); ebenso: Niethammer 2014:17–24. Jens Hüttmann verwies auf die generationenbedingte Entwicklung dieses Forschungsstrangs und auf die DDR-Geschichte als politisches Argument: Hüttmann 2007:671–681; ders. 2008:bes. Kap. 5.3. Vgl. Jarausch 2004:229–240; Lindenberger 2004:171–193; Kaiser 2007b:231–245. Zu Totalitarismustheorien allgemein Schmiechen-Ackermann 2002; Heydemann/Oberreuter 2003; Wippermann 1997; Jesse 1996.

⁵⁸ BStU, MfS, Richtlinie 1/79, zuerst abgedruckt in Gill/Schröter 1993:295–321.

⁵⁹ Das bildet sich zum Beispiel bei inoffiziellen Mitarbeitern ab, die sich dekonspiriert hatten und anschließend mitunter in Operativen Vorgängen bearbeitet wurden. Prominentes Beispiel ist Wolfgang Templin. Vgl. Jander 2006:325–328.

⁶⁰ Grundlegend ist der Band von Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (1994) zur Sozialgeschichte der DDR. Vgl. dort Niethammer 1994:95–115, hier S. 95–97. Einen wichtigen Impuls zur Pluralisierung gaben die Empfehlungen der »Sabrow-Kommission« im Jahr 2006 (Sabrow u.a. 2007).

⁶¹ Übrigens lieferte die Staatssicherheit mit der Favorisierung des »politisch-operativen Zusammenwirkens« (POZW) selbst einen Hinweis für diesen Ansatz. Vgl. neben diversen Anweisungen im Wörterbuch den Artikel »Zusammenwirken, politisch-operatives«, in: Suckut 2001:428.

⁶² Zur psychologischen Dimension Trobisch-Lütge 2004; Seidler/Froese 2009.

⁶³ Vgl. das Stasi-Unterlagen-Gesetz; hierzu Bonitz 2009:226.

⁶⁴ Lenski 2014:116–136.

Unterlagengesetz nun erstmals der Zugang zu Geheimpolizeiakten definiert worden war, wird das Urteil milder ausfallen. Zudem entsteht die Frage, wie die meisten Angehörigen eines Volkes, dessen Erfahrung sich weitgehend darin erschöpft, sich eben nicht und schon gar nicht öffentlich zu den eigenen Erfahrungen zu verhalten,⁶⁵ wie diese Personen eine erfahrungsgestützte Geschichtsreflexion entwickeln können. Es bleibt die Erkenntnis, dass in den Institutionen der Aufarbeitung nicht bürokratisches Ordnungshandeln gefragt ist, sondern die Frage nach Sinn-, Orientierungs- und Handlungszusammenhängen und damit nach Verantwortung im doppelten Sinn – nämlich nach persönlicher und institutioneller Verantwortung.⁶⁶

Nun fragt sich, wie vor diesem Hintergrund eine regionale Wissenschaftsstudie im Kontext der Staatssicherheit allgemein und für die Jenaer Universität speziell zu schreiben ist. Warum wurde der Zeitraum von 1968 bis 1989 gewählt? Dieser umfasst nach dem Mauerbau von der Dritten Hochschulreform bis zum Mauerfall diejenigen Wandlungsprozesse, die sich im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Spannungsfeld zwischen Ost und West abzeichneten und sich wissenschaftspolitisch auswirkten.⁶⁷ Die Universitäten änderten sich mit der Reform auch in Abhängigkeit von den weiteren Ostblockländern, insbesondere der Sowjetunion; formal blieben sie nach der Dritten Hochschulreform jedoch stabil. Die Universitätsangehörigen waren Akteure wie Betroffene des Kalten Krieges und der Aufrüstung, der Embargopolitik und des Helsinki-Prozesses.⁶⁸ Wie erwähnt, wurde die Universität mit der Dritten Hochschulreform »verbetrieblicht« und zunehmend in die Planwirtschaft eingebunden. Die Humboldt'sche »universitas litterarum« wurde umgedeutet, denn diese Formel diene nun als Argument für die

Ideologisierung: Als »allseitig gebildet« galt nicht mehr der »Nur-Wissenschaftler«. Der politisch-ideologische Erzieher, eigentlich ein Relikt der vergangenen geglaubten Zeit, erstand neu.⁶⁹ Betrachtet man diese Indikatoren im Kontext des Kalten Krieges, erhalten immanente Begriffe, so etwa prominente Schlagwörter der sechziger Jahre wie »Modernisierung«, »Wissenschaftlichkeit«, »Profilierung« und »Prognose«,⁷⁰ jedoch auch »Ordnung« und »Sicherheit«⁷¹ (übrigens nicht nur von der Stasi verwendet), für die DDR eine politisch-militärisch konnotierte Bedeutung.

Neben dem Vorgang der »Ideologisierung« werden damit drei weitere Prozesse deutlich: die Militarisierung der Universität als Institution, die Militarisierung der dort vorzufindenden sozialen Prozesse sowie die Bürokratisierung. Ralph Jessen charakterisierte die Reformen der 1960er Jahre als Prozess, »hinter deren technokratischer Oberfläche die politische Durchdringung der Universität perfektioniert wurde.«⁷² Die politische Macht sei durch Selektion, Repression und Integration der Kader gesichert worden. Nach dem Mauerbau 1961 sei der erste DDR-weite Kaderplan verabschiedet und damit die langfristige Kontrolle über die Besetzung wichtiger Positionen möglich geworden. Damit habe die Zeit der »zentralisierten Kaderpolitik« begonnen.⁷³ Der Begriff der Bürokratisierung tauchte bereits in der Debatte der 1950er Jahre auf. Milovan Djilas charakterisierte die »neue Klasse« als Formation von Bürokraten, die sich nicht im Anschluss, sondern im Interesse der Durchsetzung der Wirtschaftsreformen etabliert hätten, wobei insbesondere die Politbürokratie über die hierfür nötigen Güter verfügt habe. Da sie unrealistisch agiert habe, dies jedoch aufgrund der ideologischen Gebundenheit nicht habe korrigieren können, sei ihre Hauptwaffe die Lüge

⁶⁵ Merl 2012:24–25.

⁶⁶ Vgl. zur Diskussion im Vorfeld der Enquete-Kommissionen der 1990er Jahre: Henke 1993; Henke/Engelmann 1995. Vgl. Suckut/Weber 2003. Zur Frage der ausgeblenden Verantwortung in der DDR Latzel 2009:157–187.

⁶⁷ Vgl. zur Interdependenz von Wissenschaft und Politik Ash 2002:32–51.

⁶⁸ Zentral dazu Stöver 2007.

⁶⁹ Vgl. das »Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. Februar 1965«, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1965, Teil I. S. 83. Jessen 1999b:229–260, hier bes. S. 235: Dieses Argument

wurde bereits Ende der 1950er Jahre eingeführt. Vgl. Stutz u.a. 2007:289–291. Mit euphemistischer Interpretation Rühle 1966:205–215. Vgl. die Diskussion in der BRD, so Adorno 1997:48–63. Im Vergleich Ost/West Jessen 1999a:361–380.

⁷⁰ Kaiser u.a. 2005:45–46.

⁷¹ Dazu Lindenberger 2014:15–38.

⁷² Jessen 2003:229–263, hier S. 259. Vgl. Jessen 1999b:103–129. Vgl. mit ähnlichem Befund für die NS-Bürokratie Lüdtkke 1991c:559–590, hier bes. S. 574–586.

⁷³ Jessen 2003:258–260; Lüdtkke 1991c:574–586.

gewesen.⁷⁴ Das Konstrukt der Lüge konnte sich jedoch nur behaupten, wenn entsprechende inhaltliche, positionelle und Verfahrensressourcen zur Verfügung standen. Plaggenborg resümierte für die Sowjetunion, dort habe sich die wirtschaftliche mit der politischen Macht verbunden. Die organisatorischen Prozesse hätten sich in der Bürokratie monopolisiert, die nicht an gesellschaftlicher Dynamisierung interessiert gewesen sei. Die strukturelle Dysfunktionalität habe zu Erstarrung und Korruption und somit zu Diskrepanzen geführt.⁷⁵ Diese Konflikte, so Jessen, seien an den DDR-Universitäten mit dem verfeinerten Instrumentarium der professionalisierten Kaderverwaltung überbrückt worden. Kontrolle und Repression seien von den örtlichen Gruppen der FDJ bis hin zum Staatssicherheitsdienst von zahlreichen Personen ausgeübt worden. Schließlich seien die DDR-Universitäten staatskonformer gewesen als diejenigen in vergleichbaren Ostblockstaaten wie Polen oder die Tschechoslowakei.⁷⁶ Die nach dem Mauerbau eintretende Isolierung der DDR-Wissenschaft von der westlichen Welt und die intensive Kooperation mit der Sowjetunion setzten ideologisch-bürokratische Routinen voraus, die mit verlässlichen Kontroll- und Interventionsinstrumenten die einen als Reisekader förderten und die anderen, als unsicher etikettierten Personen blockierten, in Randbereiche abdrängten oder gänzlich ausschlossen.

Diese Befunde fordern diejenigen, die sich mit der Jenaer Universität beschäftigen, dazu auf, den Zusammenhang der Staatssicherheit mit *Ideologie und Bürokratie* bzw. mit *Ideologisierung und Bürokratisierung* zu untersuchen. Die Zusammenhänge zu und zwischen diesen Kategorien erweisen sich für die Betrachtung der geheimen Infrastruktur als zentral. Die Bestandteile der MfS-Struktur erschöpften sich

nicht im Ausbau ihrer Positionen sowie ihrem Personal- und Ressourcenzuwachs. In Anlehnung an Alf Lüdtke ist zu fragen, welche soziale Praxis die Universität mittels welcher an das MfS anschließenden Institutionen entwickelte, welche Steuerungs- und Interventionsinstrumente sie dort installierte und ob sich Funktion und Bedeutung der Hochschule damit änderten.⁷⁷ Auf diesem Umweg gelangen wir zur Spezifizierung der von Thomas Lindenberger gestellten Frage, der die DDR als »Diktatur der Grenzen«⁷⁸ charakterisierte, und somit zur Ebene der Mikrohistorie, der wechselseitigen Abhängigkeit von formellen und informellen Strukturen, von Sonntagspropaganda und Alltagskonflikten.⁷⁹ Obwohl die kommunistische Erziehung konforme Kommunikation produzieren sollte, blieb diese Interdependenz bestehen.⁸⁰ Sie blieb auch erhalten, wenn keinerlei Verständigung sichtbar war, wenn Schweigen und Gehorchen als zum Ensemble der Herrschaftssicherung gehörend den Raum dominierten.⁸¹

Mit dem Schweigen fällt das vierte Stichwort: die *Geheimhaltung* etablierte sich neben ihrer zentralen Handlungsfunktion für die Staatssicherheit auch in der Wirtschafts- und Wissenschaftspraxis, wo sie für »Ordnung und Sicherheit« sorgen sollte. Sie ist den drei Kategorien *Ideologisierung, Bürokratisierung und Militarisierung* übergeordnet und verweist auf die Pole zweier Verfahren zwischen Öffentlichem und Geheimem. Sie strukturiert den Raum, in dem die Staatssicherheit das Ziel verfolgte, »eigen-sinnige«⁸² Kommunikation zu verhindern. Kommunikation jedoch, insbesondere das zweifelnde, kritische Fragen, bildet die Grundlage der Universität, denn ohne sie existiert keine wissenschaftliche Auseinandersetzung.⁸³ Beim Begriff der Kommunikation treffen sich demnach die vier Kategorien *Ideologisierung, Bürokratisierung, Militarisierung und Geheimhaltung*.

⁷⁴ Djilas 1957:62–102.
⁷⁵ Plaggenborg 2002:393–401; Voslensky 1984.
⁷⁶ Jessen 2003:259–260; vgl. Connelly 2000.
⁷⁷ Lüdtke 1991a:9–63.
⁷⁸ Lindenberger 1999b:13–44. Dort auf S. 16–26 die Zusammenfassung der wichtigsten Paradigmen zur Debatte um die DDR-Geschichte mit dem Rekurs auf »Herrschaft als soziale Praxis« und »Eigen-Sinn«.
⁷⁹ Vgl. die Antwort von Ralph Jessen auf Sigrid Meuschels Charakterisierung der DDR als »stillgestellte

Gesellschaft« in Jessen 1995b:96–110, hier bes. S. 104–110. Vgl. Meuschel 1992:10.

⁸⁰ Vgl. Jessen 1995b:110.

⁸¹ Zu Schweigen und Zustimmung Lindenberger 1999b:22; Merl 2012:17; vgl. Noelle-Neumann 2001. Zur Funktion des Schweigens vgl. Owzar 2006.

⁸² Zum »Eigen-Sinn« Lindenberger 1999b:23–26.

⁸³ Vgl. Jaspers 1946:59–65.

Kommunikation ist deshalb der Leitbegriff der vorliegenden Studie.⁸⁴ Um diese Problematik methodisch zu fassen, wird die Universität als Kommunikationsraum rekonstruiert, an den drei Hauptfragen zu richten sind:

1. Welche Positionen welcher Personen finden sich im Kommunikationsraum?
2. Mit welchem inhaltlichen Kapital traten die Genannten hervor? Welches Denken ist bei den Beteiligten dokumentiert, insbesondere bei denjenigen, die sich stabil im Kommunikationsraum platzierten und denen die meisten Ressourcen zur Verfügung standen?⁸⁵
3. Welche soziale Praxis entwickelte sich mittels welcher Kommunikationsverfahren?

Diese Fragen werden durch die Kategorien der Ideologisierung, Bürokratisierung und Militarisierung sowie dem übergeordneten Aspekt der Geheimhaltung strukturiert. Sie lenken den Blick auf Organisation und Schichtung der Prozesse, denen die Universität seit der Dritten Hochschulreform unterworfen war. Bevor die empirische Forschung aufgefächert wird, ist der Erkenntnisstand zu Universität und Staatssicherheit zu bilanzieren. Anschließend werden die Begriffe und der Forschungsstand zum »Kommunikationsraum« erläutert: also Positionen, Inhalte und kommunikative Verfahren. Aus ihnen leiten sich die Erörterungen zur Quellenbasis und zur Forschungsstrategie her.

[...]

Kommunikationsräume: Begriff und Forschungsstand

Mit der Frage nach den Kommunikationsräumen im Kontext der Staatssicherheit folgt die

vorliegende Untersuchung dem Konzept des Sozialkonstruktivismus. Dieses geht von der sozialen und in der Konsequenz kommunikativen Konstruktion von Räumen durch individuelles und soziales Handeln aus.⁸⁶ Mit diesem relationalen Konzept will das vorliegende Buch die statischen Freund-Feind-Betrachtungen in der Tradition der Totalitarismusinterpretationen und die damit verbundene militarisierte Wahrnehmung ablösen.⁸⁷

Das sozialkonstruktivistische Konzept geht davon aus, dass jegliche gesellschaftliche Realität nicht nur von deren Strukturen, sondern auch davon abhängt, wie die Menschen diese Strukturen erzeugen, bekräftigen oder neu konfigurieren.⁸⁸ Die konkrete Situation der Handelnden und der temporäre Aspekt bestimmter Entscheidungen lassen sich auf diese Weise berücksichtigen, ohne die Strukturen aus dem Blick zu verlieren. Diese werden nicht nur durch die Infrastrukturen der Räume und Institutionen gebildet, sondern auch durch die biographischen Verläufe, in denen sich Erfahrung und Erlebnis ebenso wie die Vorstellungen der Einzelnen abbilden. Die Strukturen wie auch die biographischen Verläufe bilden Kontinuitäten ab, derer sich die Handelnden bedienen und von denen sie andererseits abhängen.⁸⁹

Das auffälligste Merkmal der repressiven Kontinuität in der DDR war das Verhindern abweichender Diskurse. Deshalb ist zu fragen, welche Kommunikationsräume sich innerhalb der Universität bildeten.

Der Begriff der Kommunikation ist Gegenstand eines breiten Forschungsfeldes unterschiedlicher Disziplinen. Er wird in der Literatur auf drei Ebenen besprochen: auf einer informationstechnischen, einer handlungs- und einer systemtheoretischen Ebene.⁹⁰ Das Verständnis der Information bezieht sich auf den

⁸⁴ Zur Begriffsklärung siehe die folgenden Ausführungen zu den Kommunikationsräumen.

⁸⁵ Zum Ressourcenmodell Ash 1998:283–304.

⁸⁶ Zur Einführung Rau 2013; Dünne 2006:289–303; grundlegend Simmel 1903:27–71; vgl. Foucault 2005:67–92. Den Raum als vollständig sozial konstruiert begreift Löw 2001. Als aktuelles Kompendium: Christmann 2016.

⁸⁷ Sabrow 2001:443–444; vgl. zur Kritik z.B. Kocka 1994:547–553; Niethammer 1994:95–115; Fulbrook 1996:274–297; Lüdtkke 2006:894–901; Sabrow 2008:121–130. Vgl. die Debatte um die Neugestaltung der Gedenkstättenlandschaft: Sabrow 2007. Eine praktische Konsequenz zeigt sich an dem Gedenken an Orten mit

»doppelter« Geschichte: Scheliha 2006:283–290; Kaiser 2007b:231–245.

⁸⁸ Dazu grundlegend: Schütz 1993; Berger/Luckmann 2004; vgl. Lüdtkke 1991b:9–63, auch Sabrow 2000. Vgl. die Diskussion um den Begriff »Eigen-Sinn«, den Alf Lüdtkke in die Debatte einbrachte: Lüdtkke 1994:189; ders. 1993; ders. 2006:894–901; Lindenberger 1999a:23–26. Zur Problematik der verspäteten Rezeption der Chicago School vgl. Mergel 2016:105–127.

⁸⁹ In Anlehnung an die Kommunikationstheorie wird hier Kommunikation als Handeln verstanden.

⁹⁰ Der Deutsche Historikertag thematisierte 2004 das Problem vor dem Hintergrund der Entgrenzung der

Austausch von Informationen zwischen Sender und Empfänger, die den Code des anderen jeweils entschlüsseln.⁹¹ In der Handlungstheorie werden darunter Prozesse verstanden, »in denen sich Individuen als denkende, sprechende, empfindende und handelnde Personen zueinander in Beziehung setzen.«⁹² In der Systemtheorie gilt Kommunikation als eine durch »Sprache und generalisierte Kommunikationsmedien (z.B. Macht und Geld) vermittelte Verknüpfung von Ereignissen innerhalb sozialer Systeme sowie zwischen Systemen und ihrer Umwelt.«⁹³ Zwischen Raum und Person bestehen demnach unauflösbare Interdependenzen: »Zwar ist die räumliche Gebundenheit jedes historischen Geschehens grundsätzlich unabweisbar, aber die Konstituierung dieser Räume ist zugleich Gegenstand komplexer sozialer Aushandlungsprozesse.«⁹⁴

Barbara Stollberg-Rilinger schloss an Pierre Bourdieu an, als sie betonte, Kommunikation geschehe nie voraussetzungsfrei, sondern sei immer in einen sozialen Zusammenhang eingebettet.⁹⁵ Damit hängt Kommunikation davon ab, wie und in welcher Position die Beteiligten in das jeweilige gesellschaftliche System integriert sind.⁹⁶ Deshalb soll Kommunikation hier als Begriff verwendet werden, in dem unterschiedliche Personen mit ebenso verschiedener Handlungsmacht während eines bestimmten Vorgangs ein Ziel erreichen oder daran gehindert wurden.⁹⁷ Damit konstituierten sie zugleich den Raum der Universität, der sich in Abhängigkeit von den Positionen, inhaltlichen Orientierungen und Aushandlungsweisen bildete und verfestigte oder sich auch wandeln konnte.⁹⁸

Das Besondere der hier untersuchten Kommunikation liegt darin, dass geheim

gehaltene Personenkreise auf der Grundlage abstrahierender Feindbilder im Geheimen gegen Dritte vorgingen. Die Realisierung dieser Prozesse ist bis heute oftmals nicht nachvollziehbar. Das vereinfacht die Zuschreibung der Verantwortung an diejenigen Träger von Positionen, die mit dem Etikett der Staatssicherheit versehen sind, also an die Adresse der inoffiziellen Mitarbeiter. Der alleinige Blick auf die Personengruppe der IM verwischt jedoch (wie erwähnt) die insgeheime Übereinkunft unter den DDR-Bürgern, welche die DDR über Jahrzehnte stabilisierte. Ein soziales Allgemeinwesen wird nicht als statisches Objekt manipuliert, sondern besteht aus Einzelnen, die sozial interagieren. Es ist mithin ein Feld, in dem ausgehandelt wird, welche Normen bekräftigt oder vernachlässigt werden, auch wenn das Sanktionspotential in der DDR mannigfache Ängste schürte. Alf Lüdtke hat darauf verwiesen, dass die Menschen in dem ihnen eigenen Sinn handeln, wodurch Erlebnis, Erfahrung und Vorstellung integriert werden.⁹⁹ Auf der handlungstheoretischen Ebene argumentierte Stephan Merl: Die Hauptaufgabe politischer Kommunikation in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts sei es gewesen, diese zu stabilisieren. Diese habe jedoch eine »Schweigespирale« (Elisabeth Noelle-Neumann) hervorgebracht: Abweichende Meinungen seien aus Angst vor Selbstisolierung nicht geäußert worden. Um die Lüge abseits öffentlicher Einsprüche zu halten, seien drei Formen sozialen Lernens entwickelt worden, die von der Verdrängung der Realität über die Gleichsetzung von Herrschaft und Wahrheit zur Stigmatisierung Andersdenkender gereicht hätten.¹⁰⁰

Dies führt zur Frage nach der sozialen Praxis der Geheimhaltung. Peter-Christian Ludz stellte

Räume im Zuge der Globalisierung. Vgl.: Verband der Historikerinnen und Historiker u.a. (2005), Kommunikation und Raum. 45. Deutscher Historikertag in Kiel vom 14. bis 17.9.2004.

⁹¹ Scherr 2001:176.

⁹² Ebd.; vgl. Habermas 1981.

⁹³ Scherr 2001:176. Der prominenteste Vertreter der Systemtheorie ist Niklas Luhmann (ders. 2001).

⁹⁴ Middell u.a. 2004:7–23, hier S. 10.

⁹⁵ Stollberg-Rilinger 2004:494; Bourdieu 2006/1994:354–368.

⁹⁶ Barbara Stollberg-Rilinger verwies auf Bourdieus Habitus-Begriff: Alltagskommunikation sei auch als Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen (dies. 2004:497).

⁹⁷ Dieser Begriff weicht von dem ab, den Jürgen Habermas für politische Kommunikation voraussetzt (ders. 1981:128).

⁹⁸ Vgl. zuletzt Christmann 2016.

⁹⁹ Lüdtke 1994:189; ders. 1993; ders. 2006:894–901; Lindenberger 1999a:23–26.

¹⁰⁰ Merl 2012:7–24. Das Buch wurde im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (SFB) »Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte« (2001–2012) publiziert. Vgl. <http://www.uni-bielefeld.de/geschichte/forschung/sfb584/index.html> (Zugriff: 3.5.2017). Vgl. den Bericht zur Abschlusstagung des SFB von Kristoffer Klammer und Marcel Streng, »Writing Political History Today, 01.12.2011–03.12.2011, Bielefeld«, in: H-Soz-u-Kult, 23.2.2012.

zur Praxis der DDR-Führung bei der Bewahrung von Staatsgeheimnissen fest, sie habe unmittelbar an die Sektenpraxis der russischen Geheimbünde angeknüpft: »Das Geheimnis zu kennen und rechtzeitig zu entschleiern, war damit der Schlüssel zur Eroberung [und Bewahrung] der politischen Macht geworden.«¹⁰¹ Lutz Niethammer hat auf den mittelalterlichen Charakter des Repressionsapparates hingewiesen, der dem Beschuldigten keine Möglichkeit der Verteidigung einräumte, dem Herrscher dagegen im Sinne des Dogmas die Verfügungsgewalt über die Realität.¹⁰² Das Symbol des MfS als »Schild und Schwert der Partei« verwies mit dem Schild auf das Verdecken bestimmter Bereiche, mit dem Schwert auf die militärisch konnotierte Form der Auseinandersetzung.¹⁰³

Das führt zur Frage nach dem Verhältnis von Geheimhaltung und Öffentlichkeit, dem repräsentierten, sichtbaren und dem verdeckten Sinn der Ereignisse, insbesondere von Konflikten. Die sichtbare Inszenierung zielte auf öffentliche Zustimmung, auf die Bekräftigung der Glaubenssätze. Zugleich verweist die Sprache auf die permanente Realisierung des Sinnsystems und damit auf die Funktion des Vorgangs.¹⁰⁴ Die Inszenierung ist ein Ergebnis der in den geheim gehaltenen Kommunikationsketten ablaufenden Vorgänge, die durch die Konfigurationen im Raum, nämlich durch die Positionen der Beteiligten, die von ihnen verwendeten Sprachsymbole und anhand der Vor- und Nachgeschichte der Ereignisse, rekonstruiert werden können.

Der daran anschließende und konzeptionell fruchtbar gemachte Begriff der »Kommunikationsräume« wurde in der Geschichtswissenschaft zuerst vor allem in der Frühneuezeitforschung verwendet. Einerseits

dient er dazu, die Öffentlichkeitsbildung an verschiedenen Orten oder in eingegrenzten Territorien zu kennzeichnen.¹⁰⁵ Gerd Schwerhoff schlug vor, Räume zu markieren, in denen sich sprachlich vermittelte symbolische Akte vollziehen.¹⁰⁶ Damit sprach er indirekt das Raumgedächtnis an,¹⁰⁷ das durch die materielle Sichtbarkeit der Räume und deren Ausstattung und die damit verbundene körperliche Erfahrbarkeit eine bestimmte Semantik voraussetzt bzw. herausfordert.¹⁰⁸ In seinen Begriff des Kommunikationsraums bezog Schwerhoff deshalb auch die jeweils spezifischen Akteure ein. Zur Kirche ordnete er die Gemeinde, zum Wirtshaus die Kneipengänger: Er arbeitete somit den jeweils räumlich determinierten Funktionszusammenhang heraus.¹⁰⁹ In unserem Fall würden demnach die Universitätsangehörigen dem abgrenzbaren Raum der Universität zugeordnet, der eine spezifische Semantik provoziert, so dass sich ein der Universität angemessenes Wechselverhältnis zwischen Universitätsangehörigen und funktionalem Raum zeigt. Allerdings kommt in unserem Fall das geheime Wirken hinzu, so dass von einer veränderten Funktionalität des Raums auszugehen ist. Deshalb ist der Kommunikationsraum hier weniger von der theoretischen Idee der öffentlichen Universität oder der Kernfunktion des gegenständlichen Raums gekennzeichnet, sondern vielmehr von praktischen Diskursen.

Beide Konzepte verband Rudolf Schlögl mit dem Blick auf den frühneuzeitlichen Hof aus interaktionstheoretischer Perspektive. Ein Raum der Kommunikation markiert für ihn sowohl Distanzen zwischen den Beteiligten, ebenso wie

101 Ludz 1980:31.

102 Zur mittelalterlichen Konnotation Niethammer 1997a:307–340, hier bes. S. 335. Dort auch der Hinweis auf die Außerkraftsetzung des Rechtssystems in der Krise.

103 Ebd., S. 338. Dieses Bild wurde bereits im Mittelalter bemüht, allerdings zeigte sich auf dem neuen Schild nicht der Kreuzes-, sondern der Klassenkampf. Das Symbol bannte damit den Blick zurück in das Zeitalter der Glaubenskämpfe und Hexenprozesse; zugleich war dies ein Hinweis auf das Verfahren, mit dem Häretiker im sozialistischen Staat verfolgt wurden. Zum Wechselverhältnis von Dogma und Häresie Ludz 1980:22; Niethammer 1997a:307–340, hier bes. S. 335; grundlegend Mannheim 1929.

104 Zur Sprache in der DDR: Walter Süß unterschied zwischen formaler und konkreter Sprache: Ders. 1999:29; grundsätzlich Ludz 1980. Vgl. die Aufsätze

insbesondere von Alf Lüdtke und Ralph Jessen in Lüdtke/Becker 1997:11–26, 57–75; Pappert 2003; Schlosser ²1999; Bergmann 1999; Steinke 1995.

¹⁰⁵ Lanzinner 2005:227–235; Häberlein 2005:295–299; Esser/Fuchs 2002; Rosseaux 2001:73–99; Mölich/Schwerhoff 2000:11–38; Langewiesche 1998:11–35.

¹⁰⁶ Die Begriffe »Inszenierung« und »symbolischer Akt« schließen an die Überlegungen des symbolischen Interaktionismus an. Vgl. Berger/Luckmann 2004:38–42.

¹⁰⁷ Assmann 1999:298–339.

¹⁰⁸ Zur Ausbildung von Semantiken vgl. Busse 1987; ders. u.a. 1994; Klein 1989; Eitler 2005:284; Berger/Luckmann 2004:42f.

¹⁰⁹ Schwerhoff 2005:139–140.

er auch deren Positionen verbindet.¹¹⁰ Der von ihm freigelegte Sinnzusammenhang zwischen Elementen der Kontinuität und der Aktualität basiert auf dem System der vorzufindenden Positionen und darauf, wie die Beteiligten die verfügbaren Handlungsmöglichkeiten erkennen und nutzen. Dieser Hinweis gibt ein differenzierteres Instrument für die Analyse an die Hand, da sich dadurch auch die jeweilige Handlungsmacht beschreiben lässt.¹¹¹

Zweifellos kann die Universität als Teilöffentlichkeit¹¹² verstanden werden, welche die Gesellschaft jeweils neu konstituiert, was wiederum Folgen für die Selbstwahrnehmung der Handelnden, der Kommunizierenden hatte. Hier soll der Kommunikationsraum als Bereich verstanden werden, in dem sowohl geheime wie öffentliche Kommunikationsketten wirkten. Damit ist die Bedeutung von personalen Netzwerken¹¹³ angesprochen, da die Akteure wechselseitig voneinander abhingen.¹¹⁴ Mit ihnen konstituiert sich der Kommunikationsraum als Bereich, in dem sich während einer begrenzten Zeitspanne Diskurse zwischen unterschiedlichen Beteiligten ereigneten. In unserem Fall konnten im Raum geheim gehaltene Vorentscheidungen und öffentliche Inszenierungen der Macht gleichzeitig vor sich gehen.

Deshalb ist danach zu fragen, welche Positionen, Semantiken und Verfahren den Raum der Kommunikation konfigurierten. Das schließt auch an die Überlegung an, die DDR von ihren »inneren« Grenzen her zu analysieren.¹¹⁵ Welche Personen setzten mit welcher Handlungsmacht welche Entscheidungen durch? Welche Infrastruktur wurde aufgebaut, um die Diskurse zu beeinflussen und sie gegebenenfalls zu steuern?

Die Kommunikationsräume sind einerseits durch die Konsequenzen der spezifischen Vorgänge verbunden, doch abgegrenzt durch die Aushandlungsweisen bzw. Verfahren, die zwischen den Polen der Geheimhaltung und des

öffentlichen, herrschaftsfreien Diskurses oszillieren. Das jeweilige Verfahren zeigt die strukturelle Beschaffenheit des Raums und zugleich, wie er mit statischen Machtpositionen belegt ist. Während der öffentliche Diskurs die Selbstverständigung von Subjekten beinhaltet, verweisen geheimgehaltene Absprachen in einem partiellen Kreis gemeinsam mit den Positionen der Beteiligten auf instrumentelles Handeln.

Eng mit dem Verfahren sind die öffentlich und geheim kommunizierten *Inhalte* verbunden, die wiederum auf Denktraditionen und -orientierungen gründen. Die hier enthaltenen Stereotype sollen als Hinweis gelten, auf welche Art bestimmte Denkweisen und -inhalte bekräftigt wurden. Ohne die beteiligten Personen, ohne ihre Verortung im institutionellen System ist jedoch die Transformation der geheimen Inhalte in Stereotype nicht möglich.

Die *Positionen* der Beteiligten und ihre Vernetzungen zeigen, in welchem Maße die Entscheidungsträger sich im Laufe ihrer Biographie mit Handlungsmacht ausstatteten. Diese hing von Grad und Zahl der politischen und beruflichen Positionen in der Universität und/oder innerhalb des MfS ab und ebenso davon, ob und wie dies beansprucht wurde. Dazu gehörte auch die jeweils graduelle Beteiligung an den verborgenen Kommunikationsketten der Staatssicherheit und der Staatspartei. Die offizielle Ebene war für alle Akteure sichtbar. Die inoffizielle Ebene dagegen war nur einem partiellen Kreis zugänglich, der sich der Geheimhaltung verpflichtet hatte. Manchmal doppelten sich formale Berufspositionen mit den Funktionen innerhalb der verborgenen Kommunikations- und Entscheidungsketten, wenn beispielsweise ein Prorektor im Geheimen, ein Parteisekretär offiziell mit der Staatssicherheit zusammenarbeitete. Die Positionen bezeichnen demnach das Potential der jeweiligen Personen an Informations-, Regulations- und Sanktionsmöglichkeiten und darüber hinaus,

¹¹⁰ Schlögl 2004:196.

¹¹¹ Zu den Positionen auch Bourdieu 2006.

¹¹² Der Begriff der Teilöffentlichkeit lehnt sich an Habermas (1990) an.

¹¹³ Auf personale Netzwerke ging Katrin Keller ein, die die Konstituierung eines Kommunikationsraums durch »Korrespondenznetze« beschrieb und damit neben den Strukturmerkmalen die Handelnden in den Vordergrund rückte; dies. 2004:205–230; weiterhin: North 2000:45; Häberlein 2005:298–299.

¹¹⁴ Kott 2006:22. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die theoretische Fundierung durch Bourdieu und Norbert Elias. Dort mehrere Fallstudien von Autorinnen, die diverse soziokulturelle Räume analysieren.

¹¹⁵ Vgl. Lutz Niethammer, der forderte, die DDR von ihren Grenzen her zu denken, womit er auch die inneren Grenzen der Menschen meinte; ders. 1997a:335. Zur Debatte »Grenzen der Diktatur« oder »Diktatur der Grenzen« Bessel/Jessen 1996:7–23; Lindenberger 1999b:13–44; ders. 2017.

diese in Anspruch zu nehmen. Diese Ressourcen potenzierten oder reduzierten die Macht des Einzelnen, je nachdem, welche von ihnen genutzt wurden. Die Ressourcenträger konnten folglich Verdichtungsräume inszenieren, in denen der jeweilige Herrschaftsanspruch durchgesetzt werden konnte – und zwar mittels der Verfahren und Inhalte, die der Machtsicherung dienten. Traten diese Positionsträger in der Gruppe auf, konnten sie den Kommunikationsraum so ausstatten, dass er nicht inszeniert, sondern real erschien. Die Wahrnehmungen der Wirklichkeit mussten und müssen demnach sehr verschieden ausfallen, was zugleich auf ein Problem der »Erinnerung« und auf deren Lücken verweist.

Die Voraussetzungen für das prozesshafte Entstehen des Kommunikationsraums und seine Stabilität setzen sich demnach aus den fraglichen Inhalten, den Positionen der Beteiligten sowie den Aushandlungsverfahren zusammen. Daran anschließend ist nach den vertikalen und horizontalen Konfigurationen von Macht, Integration und Ausschluss zu fragen. Angesichts dessen ist hier bereits die folgende These zu formulieren: Der Raum existierte nicht ohne die doppelte Positionierung der Beteiligten in offiziellen wie inoffiziellen Funktionen. Er existierte nicht ohne doppelte Sprachregelungen. Er formierte sich durch permanente Doppelverfahren zwischen geheim, informell, institutionell und öffentlich.

Damit wird der Rahmen der folgenden Analysen abgesteckt und zugleich die Schwierigkeit deutlich, die offizielle von der geheimpolizeilichen Sprache abzugrenzen, da die entstandenen Sprachregelungen bis in heutige Gewohnheiten des öffentlichen Sprechens reichen und mitnichten als »fremd« und fraglich wahrgenommen werden. Deshalb muss die Codierung der Geheimakten aufgehoben und ihre tatsächliche Funktionalität freigelegt werden. Das zieht nach sich, dass die Klarnamen der Verantwortlichen genannt werden, wenn es auch nicht das Anliegen der Studie ist, dem Duktus der feststellenden Verurteilung zu folgen. Allerdings kann und soll den Funktionsträgern auch nicht die Verantwortung für ihr offizielles wie geheimes Handeln abgenommen werden. Im Vordergrund der Studie steht aber die Rekonstruktion der *Verantwortungsverhältnisse*. Die Fälle werden deshalb und im Interesse eines noch zu bewältigenden Umfangs des Buches beispielhaft analysiert.